

Niederschrift Nr.11 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.10.2003

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 17:00 bis 19:25 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Helga Grix

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Ratsfrau Elfriede Meyer
Ratsherr Rico Mecklenburg

CDU

Ratsherr Ihno Groeneveld
Ratsherr Werner Vollprecht

FDP

Ratsherr Holger Klaassen

Stimmberechtigte sonstige Mitglieder

Herr Wilhelm Grix
Frau Regina Meinen
Herr Norbert Haarmeyer

Nichtstimmberichtigte Mitglieder

Bündnis 90 / Die Grünen (Grundmandat)
Ratsherr Hermann Züchner

für Ratsherrn Bernd Renken

Beratende Mitglieder

Frau Ursula Henrich
Herr Abdou Quedraogo
Herr Walter Saathoff
Herr Tom Sprengelmeyer
Frau Ingrid van Schwarzenberg
Frau Monika Weniger
Frau Elfriede Wilts

Von der Verwaltung

Stadtrat Martin Lutz
Fachdienstleiterin Heidemarie Kohnen
Stadtangestellte Minette Wessels

- Protokollführerin -

Als Gäste

2 Vertreter der Presse
3 Zuhörer

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix eröffnet die Sitzung, begrüßt die Presse sowie die anwesenden Zuhörer, Gäste und Ausschussmitglieder und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Niederschrift Nr.11 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.10.2003

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Grix teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 5 entfallen muss, da das Ausschussmitglied sich krank gemeldet habe.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Herr Groeneveld erhebt den Einwand, dass das Thema Sanierung Spielplätze nicht auf der Tagesordnung sei, wie ihm in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses zugesagt wurde.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, dass dies ein sehr umfangreiches Thema sei und zum Einen aufgrund der anstehenden Tagesordnungspunkte den Zeitrahmen gesprengt hätte und zum Anderen, dass der maßgeblich in die Arbeit involvierte Kollege Willy Berends plötzlich erkrankt sei und für längere Zeit ausfallen werde. Er werde aber unter dem Punkt „Anfragen“ kurz darauf eingehen, wenn es gewünscht werde.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.06.2003

Gegen die Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.06.2003 werden keine Einwände erhoben.

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 26.06.2003 wird genehmigt.

Ergebnis: Einstimmig

Punkt : 4 Genehmigung der Niederschrift Nr. 10 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales und des Jugendhilfeausschusses am 02.07.2003

Gegen die Niederschrift Nr. 10 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, des Ausschusses für Gesundheit und Soziales und des Jugendhilfeausschusses am 02.07.2003 werden keine Einwände erhoben.

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 10 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, des Ausschusses für Gesundheit und Soziales und des Jugendhilfeausschusses vom 02.07.2003 wird genehmigt.

Ergebnis: Einstimmig

Punkt : 5 Verpflichtung stimmberechtigter sonstiger Mitglieder

Entfällt

Punkt : 6 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Frau Grix ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet um Wortmeldungen. Es werden keine Beiträge angemeldet.

Niederschrift Nr.11 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.10.2003

Punkt : I ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

Punkt : 7 Vorlage 14-841
Bericht über das "Print-Projekt" an der Schule Barenburg – Antrag der SPD-Fraktion vom 08.07.2003 -

Herr Wolfgang Schwieder erklärt, dass er seit November 2001 bei der AWO für das Print-Projekt (Präventions- und Integrationsprojekte an schulischen Standorten) beschäftigt sei. Seit November 2002 habe er eine weitere Kollegin, Gabi Strehl, und einen Sozialarbeiter im Anerkennungsjahr.

Vordergründiges Ziel dieses Projektes sei es: Schule soll wieder mehr Spaß machen. Hierzu bedarf es der Lehrerinformationen, Beratung der Eltern sowie auch Gesprächs- und Fördermaßnahmen von Kindern, insbesondere der lernschwachen und verhaltensauffälligen Kinder.

Anhand einer Folie erläutert Herr Schwieder die verschiedenen Angebote, die derzeit an der Barenburgschule existieren. Es gibt die Arbeitsgruppe Tanz, Kochen, Spiele, Musik, Basketball, Schulzeitung und Computer. Die Arbeitsgruppe Aula und aktive Pausengestaltung, sowie die Schulstation und den Schulkiosk erwähnt er hier besonders, da diese erheblich zum Aggressionsabbau beigetragen haben. Ferner werden ein deutschsprachiger Förderunterricht und das Projekt Schulhof-Planung angeboten.

Man plane, das Essensangebot noch weiter auszubauen, da der Bedarf vorhanden sei. Den Eltern und Kindern böte sich somit eine verlässliche Perspektive. Außerdem würde man gerne noch mehr einzelfallbezogen arbeiten.

Wünschenswert sei es, wenn die Barenburgschule aufgewertet und Ganztagschule werden würde.

Frau Meyer bedankt sich für den ausführlichen Vortrag und möchte wissen, wie viele Kinder in den einzelnen Gruppen sind.

Herr Schwieder entgegnet, dass es sehr unterschiedliche Gruppenstärken gebe. Dies hänge vor allem vom Angebot ab. Die Koch-AG habe z. B. 25 Kinder. Sorge bereiten allerdings noch die 9. und 10. Klassen, die man mit den Angeboten nicht so gut erreicht habe. Die Migrantenkinder dagegen seien sehr gut in den Gruppen vertreten.

Frau Meyer möchte zudem wissen, ob sich die Kinder dort auch nur so treffen würden.

Herr Schwieder antwortet, dass sich die Kinder schon unter einem bestimmten Thema treffen. Die Angebote seien aus Platzgründen eingeschränkt. Er selber teile sich mit den anderen zwei Mitarbeitern ein Büro. Man würde gerne den ehemaligen Garderobenraum mitnutzen.

Herr Klaassen fragt an, ob man denn auch die Problemkinder erreiche, oder nur Kinder, die es eigentlich gar nicht so nötig haben, in einer Gruppe aufgefangen zu werden.

Herr Schwieder stellt fest, dass man genau die Kinder erreiche, die man auch erreichen wolle. Das Gewaltpotential an der Schule sei erheblich gesunken, auch wenn man mit dem PRINT-Projekt eine längere Anlaufphase gebraucht habe.

Niederschrift Nr.11 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.10.2003

Herr Sprengelmeyer warnt in diesem Zusammenhang vor einer Stigmatisierung. Es sei wichtig, dass es offene Angebote gebe, woran alle Kinder teilnehmen können.

Herr Quedraogo bedankt sich bei Herrn Schwieder für die sehr gute Arbeit. Er bittet darum, daran weiterzuarbeiten, dass auch die größeren Kinder und vor allem die Jungen erreicht werden.

Herr Schwieder gibt zu bedenken, dass die bisherigen Möglichkeiten sehr eingeschränkt waren. Selbst aus dem Lehrerkollegenkreis habe es Widerstände gegeben. In letzter Zeit bekäme er aber sehr oft positive Rückmeldungen, besonders durch die Pausengestaltung.

Herr Züchner berichtet, dass er im Bürgerhaus Barenburg eine Schachgruppe für Kinder leite und sehr oft durch Barenburger Kinder gestört werde. Er fragt, ob es möglich sei, dass die einzelnen Gruppen sich kennen lernen können, um eine bessere Kommunikation, untereinander herzustellen.

Herr Schwieder bietet Herrn Züchner hierzu ein Vorgespräch an.

Punkt : 8 Vorlage 14-836
Jugendforum - Antrag der FDP-Fraktion vom 15.09.2003 -

Herr Klaassen stellt den Antrag ausführlich vor und plädiert für ein rasches Zustandekommen eines Jugendforums.

Herr Sprengelmeyer hofft sehr, dass es doch noch gelingt, Beteiligungsformen aufzubauen. Der politische Auftrag stehe immer noch, das sei keine Frage. Anfang des Jahres habe man mit dem Stadtjugendring Kontakt aufgenommen. Man habe die Presse angesprochen, Vereine und Verbände angeschrieben und Plakate aufgehängt. Zu einem ersten Treffen seien dann 12 Jugendliche erschienen. Es sei aber nicht gelungen, den Stadtschülerrat mit ins Boot zu holen. Man hätte direkt in die Schulen, zu den Vereinen und Verbänden sowie zu den Jugendtreffs gehen müssen, um die Jugendlichen zu erreichen. Dies sei aufgrund der Personalausstattung aber überhaupt nicht machbar gewesen.

Die 12 Jugendlichen im Alter von 11 bis 14/15 Jahren waren voller Eifer bei der Sache. Dennoch habe man nach ausführlichen Gesprächen den Entschluss gefasst, es zu lassen.

Herr Sprengelmeyer weist darauf hin, dass die Anforderungen an die Jugendförderung in den letzten Jahren erheblich gestiegen sind. Alleine, was die Spielplatzsituation in Bezug auf die Beschwerden der Anwohner betreffe, müsse viel mehr aufsuchende Arbeit geleistet werden. Eine interne Organisationsuntersuchung der Stadt sei zu dem Schluss gekommen, dass die Jugendförderung, wenn man Beteiligung und Spielplatzunterhaltung vernünftig organisieren will, eine Personalstelle benötigt.

Auf der in der Vorlage angesprochenen Schülerratssitzung habe man zugesagt, dass man noch einmal für ein Nachgespräch in die Klasse gehen werde.

Herr Groeneveld fragt an, ob man denn auch überlegt habe, Studenten der FH mit in das Projekt einzubeziehen.

Herr Sprengelmeyer antwortet, er habe einen lockeren Kontakt mit der FH, Frau Lukait aufgenommen. Das komplexe Thema könne jedoch nicht ausschließlich über ein studentisches Projekt organisiert werden.

Niederschrift Nr.11 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.10.2003

Herr Klaassen gibt bekannt, dass die Jungen Liberalen eine ähnliche Veranstaltung planen und durchführen wollen. Er lade alle Vereine, Verbände, Schulen und Jugendorganisationen ein, sich daran zu beteiligen.

Punkt : II M I T T E I L U N G S V O R L A G E N

Punkt : 9 Vorlage 14-843 Bericht des Heimerziehungsdienstes/Sozialer Dienst

Herr Börjes stellt sich als den für den Heimerziehungsdienst im Sozialen Dienst zuständigen Mitarbeiter vor. Er sei immer dann zuständig, wenn Kinder und Jugendliche nicht mehr in der eigenen Familie oder einer Pflegefamilie leben können. Herr Börjes erklärt anhand einiger Folien, wie das Jugendamt an die hilfebedürftigen Kinder kommt, warum Kinder ins Heim kommen, was mit den Kindern passiert und welche Rolle der Heimerziehungsdienst in diesem Zusammenhang hat.

In vielen Fällen seien eine beginnende Verwahrlosung oder Gewalt, auch sexuelle Gewalt, Gründe für eine Heimunterbringung. Das Verhalten der betroffenen Jugendlichen sei häufig geprägt von Aggression, Distanzlosigkeit und Entwicklungsverzögerung. Viele brauchen auch Hilfe bei der Verarbeitung traumatischer Erlebnisse.

Die Unterbringung sei ein Prozess, bei dem die Eltern eine große Rolle spielen, nur in seltenen Fällen werde das Amtsgericht eingeschaltet. Der Heimunterbringung gehe in der Regel eine 3-monatige Klärungsphase in einer Schutz Einrichtung voraus. Danach werde eine detaillierte Hilfeplanung erstellt, die regelmäßig fortgeschrieben werde.

Herr Börjes berichtet, dass er zurzeit 53 Emden Kinder betreut, darunter seien 30 Kinder 14 Jahre und älter, 12 Jugendliche, die über 18 Jahre alt sind und 11 Kinder im Alter zwischen 9 und 12 Jahren. Der Betreuungsaufwand liege zwischen 30,-- Euro und 183,-- Euro Tagessatz. Der durchschnittliche Tagessatz betrage 107,-- Euro. Probleme bereite Emden insbesondere die Zuständigkeitsregelung nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz, wonach die Unterbringungskosten von der Gemeinde zu zahlen sind, in der die Erziehungsberechtigten ihren Wohnsitz haben.

Frau Meyer möchte wissen, ob es in Emden keine Pflegefamilie gibt und warum die Kinder soweit weg müssen, teilweise ins Ausland.

Herr Börjes entgegnet, er habe über die Heimerziehung berichtet. Für den Bereich der Pflegekinder sei ein anderer Kollege zuständig. Er selber arbeite jetzt 9 Jahre auf diesem Gebiet und in der Zeit habe es zwei Fälle von Auslandsunterbringung gegeben. Diese Kinder hatten zuvor bereits etliche, einschließlich geschlossener Einrichtungen durchlaufen, seien aber in keiner Einrichtung haltbar gewesen. Alkohol und Drogenkonsum waren sehr ausgeprägt und so habe man die beiden 14 Jährigen nach Namibia in eine Jugendhilfeeinrichtung gebracht. Hier können sich die Jugendlichen auf sich selbst besinnen und ein neues Selbstwertgefühl entwickeln, da sämtliche Reizgruppen und Peergroups fehlen.

Herr Groeneveld merkt an, dass er von Projekten aus der Wesermarsch wisse, wo Jugendliche in landwirtschaftlichen Betrieben aufgenommen würden.

Herr Börjes sagt dazu, dass er keinen landwirtschaftlichen Betrieb kenne, der die Verantwortung für einen Kriminellen oder Drogenabhängigen übernehmen würde. Hier handele es sich offensichtlich um eine andere Zielgruppe.

Niederschrift Nr.11 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.10.2003

Herr Quedraogo fragt, ob es Migrantenkinder unter den Heimkindern gebe.

Herr Börjes berichtet, dass er keinen Fall aus diesem Personenkreis habe. Er erläutert, dass hier mit Schwierigkeiten in den Familien anders umgegangen und das Problem in den

Familien selbst geregelt würde. Zudem sei man dort verstärkt darauf bedacht, keine Probleme nach außen dringen zu lassen.

Herr Saathoff führt aus, dass man in Emden zurzeit etwa 70 Pflegekinder mit steigender Tendenz habe. Auch die Heimunterbringung habe eine große Zuwachsrate. Man sei im letzten Jahr alleine für weitere 11 Kinder zuständig geworden, deren Eltern durch Wohnungswechsel in den Emdener Einzugsbereich gezogen sind. Da aber für die Kinder ein Rechtsanspruch auf Betreuung bestehe, würde dies auch bedeuten, dass weitere enorme Kosten aufgefangen werden müssten. Herr Saathoff macht darauf aufmerksam, dass in diesem Jahr mit Mehrkosten in der Jugendhilfe in Höhe von 800.000,00 € gerechnet werden müsse.

Herrn Groeneveld interessiert, ob es in den letzten Jahre eine Heimkostenexplosion gegeben habe.

Herr Lutz erklärt, dass es im letzten Jahr eine größere Steigerung aus den bereits erwähnten Gründen gegeben habe, man dieses Jahr fast wieder auf dem normalen Level sei. Vor einer Heimunterbringung mache man Umfragen zu Kosten und zur Struktur der Heime. Es müsse aber auf der anderen Seite fachgerechte optimale Betreuung sichergestellt werden. Man versuche grundsätzlich, bei der Auswahl von Heimen zu kostengünstigen Lösungen zu kommen.

Herr Börjes ergänzt, dass es nicht sinnvoll sei, eine sehr weit entfernte Heimunterbringung zu veranlassen, wenn eine Rückführung in die Familie vorgesehen ist.

Herr Mecklenburg fragt nach, ob man Erfahrungen aus anderen Ländern kenne und ob man dort anders ansetzen, präventiver im Vorfeld arbeiten würde.

Frau Meinen stellt fest, dass in vielen Fällen zum Schutz der Kinder eine Heimunterbringung sein müsse, um sie aus desolaten Familienverhältnissen herauszunehmen. Sie möchte wissen, ob es auch möglich sei, die Kinder im Bekannten- oder Verwandtenkreis unterzubringen und ob es hierfür Kostenzuschüsse gebe.

Herr Saathoff erläutert, wenn es die Erziehungsproblematik zulasse und die Geeignetheit der Betreuungspersonen gegeben ist, sei es durchaus möglich, Kinder bei Verwandten oder Bekannten unterzubringen. In diesen Fällen zahle das Jugendamt ein Pflegegeld. Wenn Kinder ohne Beteiligung des Jugendamtes bei Großeltern der Betreuungspersonen untergebracht werden, gebe es unter Umständen ein sogenanntes Verwandtenpflegegeld vom Sozialamt.

Auf die Frage von Herrn Mecklenburg antwortet Herr Saathoff, dass alle Jugendämter erhebliche Kostensteigerungen zu verzeichnen haben. Patentrezepte gebe es nicht. Auf regionaler Ebene habe man z. B. Vorschläge zu Gesetzesänderungen erarbeitet. Präventive Arbeit trage natürlich mittelfristig ebenfalls dazu bei, die Probleme zu minimieren. Die sehr knapp bemessenen Haushaltsmittel müssten aber vorwiegend für die Jugendhilfe ausgegeben werden, für die ein Rechtsanspruch besteht, so dass keine zusätzlichen Mittel für präventive Ausgaben zur Verfügung stehen.

Niederschrift Nr.11 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.10.2003

Herr Börjes ergänzt, dass er keine Erfahrungen aus dem Ausland kenne. Zudem würde nicht jeder auffällig gewordene Jugendliche in einem Heim untergebracht, sondern es würden

zuerst einmal die zahlreichen Angebote und Beratungen genutzt. Nach einer Klärungsphase in einem Schutzhaus würden 30 – 50 % in die Familien entlassen und 50 – 70 % kämen in eine Pflegefamilie oder ein Heim.

Herr Grix stellt fest, dass er sich hier an die eigene Nase fassen müsse in Bezug auf seine vor Jahren gefertigte Studie über Kinderarmut in Emden. Man sei gerne untersuchend tätig und dann passiere nichts mehr. Man brauche dringend eine inhaltlich konzeptionelle langfristige Planung. Erschreckend stelle er bei Jugendlagern fest, dass der Sprachgebrauch vieler Jugendlichen aus dem Knastmilieu komme und sich immer mehr verfestige. Viele Kinder würden vor dem 14. Lebensjahr bereits straffällig. Es habe hier in den letzten Jahren eine Steigerung von über 100 % gegeben. Er würde es sehr begrüßen, wenn ein sogenanntes Elterntaining thematisiert werden könnte, wie man es bereits für Kindertageseinrichtungen angeboten habe.

Herr Saathoff weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass am 12.11.2003 in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Sozial- und Jugendhilfeausschuss der Gesundheitsbericht vorgestellt werden wird.

Herr Züchner gibt den Hinweis, dass man sich auch um straffällig gewordene Väter kümmern müsse. Denn wenn diese Väter herauskämen und keine Arbeit fänden, sei es abzusehen, dass die Kinder später in Heime kommen würden. Auch hier sei Vorsorge zu tragen.

Punkt : 10 Vorlage 14-835
Bericht über die Ferienpassaktion 2003

Herr Sprengelmeyer erklärt, dass sich die Einführung eines neuen EDV-Programmes positiv ausgewirkt habe. Am ersten Anmeldetag z. B. habe man alle gewünschten Veranstaltungen an einem Computer buchen können und nicht von einem Tisch zum anderen laufen müssen. Die Zahl der Angebote, die teilnehmenden Vereine und Verbände sowie der Verkauf des Ferienpassens seien rückläufig. Es habe viele Angebote gegeben, zu denen sich die Kinder nicht anmelden mussten. Diese seien hier nicht erfasst. Leider habe man keine kontinuierliche Betreuung der Vereine und Verbände mehr anbieten können, zudem haben diese Nachwuchssorgen. Man wolle in Zukunft darauf hinarbeiten, dass das Programm gehaltvoller wird.

Wünschenswert sei auch eine stärkere Unterstützung der Vereine und Verbände für ihre ehrenamtliche Tätigkeit. So habe er sich auch entschlossen, für die Helferdankesfahrt zusätzlich die Anwohner einzuladen, die ehrenamtlich Spielplätze warten und pflegen.

Punkt : 11 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Lutz berichtet, dass er an einem Treffen in Berlin mit 1.600 Vertretern von Kommunen teilgenommen habe. Er könne sagen, dass bei 99 % der Kommunen das Geld so knapp sei, dass nur noch die Pflichtaufgaben wahrgenommen werden können und es dort mit Sicherheit keine Dankesfahrt geben würde. Bei uns sei dies noch möglich. Wenn aber die Steuerpläne des Bundes Wahrheit werden, können auch in Emden nur noch die allernötigsten Pflichtaufgaben erfüllt werden. Es gebe einen Berliner Appell, der von allen Kommunen unterschrieben wurde. Der Rat der Stadt habe eine Resolution erarbeitet und er bitte hier alle anwesenden Partner, sich mit der Stadt solidarisch zu erklären und die Resolution zu unterschreiben. Exemplare habe er vorrätig.

Punkt : 12 Sachstandsbericht "Soziale Stadt Barenburg"

Niederschrift Nr.11 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.10.2003

Herr Sprengelmeyer erläutert den Stand des Bunkerkonzeptes. Man hoffe, dass man den Bunker Mitte des nächsten Jahres in Betrieb nehmen und beziehen könne. Es sei eine

Arbeitsgruppe „Sportanlagen“ gebildet worden. Diese habe erreicht, dass zumindest die Sporthalle in der Kaserne winterfest gemacht wird. Die Kosten tragen das Bundesvermögensamt und die Firma Hoch-Tief.

Beim „Big Point“ sei vorläufig ein Sozialarbeiter befristet eingestellt und man müsse die weitere Entwicklung abwarten.

Herr Grix fragt, ob es schon Überlegungen gebe, was mit dem jetzigen Bürgerhaus gemacht werden solle.

Herr Sprengelmeyer sagt, Überlegungen gebe es schon, nur könne er zum jetzigen Zeitpunkt noch nichts sagen, da er die weitere Entwicklung bei der Barenburgschule noch nicht kenne. Mit dem AWO-Bezirksverband habe man aber die Regelung getroffen, dass man noch Ende Oktober zum 1.7.2004 den Mietvertrag kündigen könne. Die Jugendförderung brauche das Haus dann nicht mehr.

Punkt : 13 Anfragen

Herr Groeneveld macht jetzt noch einmal auf den fehlenden Punkt Sanierung Kinderspielplätze aufmerksam. Er hätte gerne eine Auflistung der Spielplätze.

Herr Sprengelmeyer erläutert, man habe zurzeit 74 Spielplätze in Betrieb und es gebe eine umfangreiche Liste, was in diesem Jahr bisher gemacht wurde. Die Planungen für Constantia und die Wallspielstation seien allerdings noch nicht weiter gediehen. Bei den anderen Spielplätzen habe man eine gute Bilanz vorzuweisen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich Frau Grix bei allen Anwesenden für die Teilnahme und schließt die öffentliche Sitzung um 19.20 Uhr.